

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Erscheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonntag nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk.  
Telegraph-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



## Anzeigen

werden die sechsseitige 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entprechender Redaktionen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Maß, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.  
Annahmgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzger. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzger, Spangenberg.

Nr. 31.

Donnerstag, den 12. März 1925

18. Jahrgang.

Sei nicht so alt in jungen Jahren,  
Bläß' so lang das Leben mit —  
Besser jung mit greisen Haaren,  
Als so altflug vor der Zeit.

## Die Diktatur Europas.

Seit einigen Tagen wird von Warschau aus wieder einmal eine beispiellose Hege gegen Deutschland veranstaltet. Die Polen sind erobert darüber, daß der Sicherheitspakt, den Deutschland mit den Alliierten abschließen will, nur auf Westeuropa beschränkt und nicht auch auf Polen ausgedehnt werden soll. Unter heftigen Ausfällen gegen die Reichsregierung wird in den polnischen Blättern die Verdächtigung ausgesprochen, daß Deutschland sich zur Zurückholung der ihm durch den Versailler Vertrag entzogenen Gebiete rüste und darüber hinaus eine „vierte Teilung Polens“ beabsichtige. So sinnlos diese Behauptungen sind, haben sie doch in Paris ihre Wirkung nicht verfehlt. Frankreich fürchtet, seine Gewalt über Polen, Jugoslawien, Rumänien und die Tschechei einzubüßen, wenn deren Wünschen nicht Rechnung getragen wird. Andererseits hält es England seinen Interessen nicht für dienlich, wenn die Franzosen diese Oststaaten unwillkürlich an sich fetten. Der französische Ehrgeiz hat so ziemlich ganz Europa für sich in Anspruch genommen, Frankreich will Deutschland gebaut halten, damit kein Wandel in diesem Zustande eintritt. Aufständische Stellung ist für die Zukunft noch nicht festgelegt; hier entscheidet, dann ist Frankreichs Vorkriegsherrschaft in Europa vollzogen, denn Italien und die neutralen Staaten Europas kommen dann für eine eigene Aktion kaum noch in Betracht, wenigstens nicht für unieren Erdteil.

Was die in Amt und Würden befindlichen britischen Staatsmänner noch wohlheißlich verschweigen, das spricht das englische Volk ungeheuer aus. Frankreich ist nicht bloß an der Befestigung des Rheins gelegen, sondern es will die Diktatur in ganz Europa. Dann ist England aus seiner früheren ausschlaggebenden Stellung herausgedrängt und Frankreich übt dann eine unbedingte Vorherrschaft in Europa aus. Dem Stolz des englischen Volkes ist es nachgerade unerträglich, den Zustand vor 1914 mit dem heutigen zu vergleichen. Damals betrafen Frankreich und Rußland, um sich den Bestand der Londoner Regierung für den Krieg gegen das Deutsche Reich zu sichern, heute versucht man in Paris, England seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß zu rauben. Chamberlain hat die französische Unterstützung in Afrika und gegen den Bolschewismus angeschlossen, er hat aber wohl seinen Schritt schon bereut, denn die Galle wird länger als der Kram. Deshalb hat er auch schon verlaun lassen, in allen Rhein- und Sicherheitsfragen werde er keinen Pakt abschließen, der nicht vom ganzen englischen Volke und von seinen Kronländern gebilligt werde. Sich von Frankreich total bieten zu lassen, ist für John Bull hart; daß sich aber auch die Polen und Tschechen als Herren aufspielen, geht über die Diktatur. Wohl nicht ohne Absicht hat Chamberlain vor seiner Abreise nach Genf im englischen Unterhaus durchzubilden lassen, daß gewisse Grenzregulierungen an der deutsch-polnischen Grenze angebracht wären. Damit nähert er sich dem Standpunkte des früheren englischen Ministerpräsidenten MacDonald, der bekanntlich im Sommer 1924 in Genf sagte, die Verletzung des Rattowitzer Gebietes in Oberschlesien sei ein bedauerlicher Irrtum des Völkerbundes gewesen.

Vom deutschen Standpunkt aus kann man es nur begründen, wenn sich endlich in der Welt die Erkenntnis über den Fehlbruch des Völkerbundes in der oberirdischen Frage Bahn bricht. Die Zukunft wird überleben, ob es sich bei der Erklärung Chamberlains nur um leere Drohungen an Polen handelt, oder ob England tatsächlich ernstlich gewillt ist, die willkürliche Grenzziehung im deutschen Osten zu berichtigen.

## Der zweite Ebert-Prozess.

### Die Vernehmung des Angeklagten.

In dem zweiten Prozess wegen Verleumdung des Reichspräsidenten Ebert, der am Dienstag vor der Verurteilung in Magdeburg seinen Anfang genommen hat, wurde nach der Verlesung des Urteils der ersten Instanz in die Vernehmung des Angeklagten

reuteurs Nothard von der „Mitteutschen Presse“ in Staßfurt eingetreten und der Urteil „Eine bittere Pille für freie Ebert“ verlesen.

Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten vor, daß er bei seinen ersten Vernehmungen in Staßfurt erklärt habe, er selbst wolle den Vorwurf des Landesverrats nicht erheben. Der Angeklagte erwiderte, daß er, als dennoch die Anklage gegen ihn erhoben wurde, sich erboten habe, den Wahrheitsbeweis für die Behauptung des Landesverrats zu führen. Er hätte inzwischen weiteres Material erhalten und zwar sei ihm das Rüstzeug der Deutschen nationalen Volkspartei in die Hand gekommen, auf dessen Angaben er seine Mitteilungen stütze. Die Frage, ob er auch heute den Beweis des Landesverrats noch einbringen könne, bejahte der Angeklagte. Er beziehe sich insbesondere dabei auf die Ergebnisse der Schöffengerichtsverhandlung, die keinen Zweifel mehr ließen. Er habe in Ebert einen Landesverräter gesehen, weil er bei dem Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 in die Streikleitung eingetreten sei.

Darauf wurden die bekannten Aussagen des verstorbenen Reichspräsidenten bei dessen Vernehmung in der ersten Instanz verlesen. Gegen verlesen werden die Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen.

### Eberts letzte Aussage.

Das Protokoll aus seinem Nachlaß. Am zweiten Verhandlungstag wurde zunächst Ministerialrat Böhle als Zeuge vernommen. Er teilte mit, daß Reichspräsident Ebert kurz vor seiner letzten Erkrankung für die Revisionshandlung in Magdeburg seine Aussage als Nebenkläger zu Protokoll gegeben habe, damit sie am Gerichtsort zur Verlesung gelangen könne. Der Zeuge überreichte alsdann das Protokoll dem Vorsitzenden des Gerichtshofes, der es sofort zur Verlesung brachte. Die wichtigsten Stellen des Protokolls lauten folgendermaßen:

„Gegenüber den Ausführungen des erstinstanzlichen Urteils betone ich nochmals mit größter Bestimmtheit, daß ich nach meiner ganzen persönlichen und politischen Einstellung während des ganzen Krieges auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden und in diesem Sinne gehandelt habe. Was den Januarstreik 1918 anlangt, so erkläre ich nochmals, daß ich mit meinem ganzen Willen gegen ihn war und mit meinem Ausbruch nicht das geringste zu tun hatte. Daß ich einzelne Forderungen der Streikenden für berechtigt hielt, beweist nicht, daß ich auch den Streik als solchen billigte. Das Gegenteil war der Fall und folgt, was ich nochmals wiederhole, aus der Tatsache, daß ich grundsätzlich Gegner von Streiks der Rüstungsindustrie im Kriege war.“

Der Reichspräsident stellt dann weiter fest, daß er sich in Anbetracht dessen, daß der Streik ohne seine Schuld ausgebrochen sei, jeder Einmischung enthalten habe. Erst die dringlichen Vorstellungen von zahlreichen Parteimitgliedern aus den verschiedensten Betrieben, deren Wortführer erklärten, die Leitung des Streiks dürfe gerade im Interesse der Landesverteidigung nicht den radikalen Elementen überlassen werden, hätten den Parteivorstand und ihn zu der Erkenntnis gebracht, daß das Interesse der Landesverteidigung ihren

### Zutritt zum Streikaußenrat

zu dem Zwecke erforderte, den Streik möglichst schnell auf dem Verhandlungswege beizulegen. Er sei also auf Beschluß des Parteivorstandes der Streikleitung beigetreten, in der einzigen und bestimmten Absicht, den Streik möglichst schnell und so beizulegen, daß einem neuen Ausbruch vorgebeugt werde. Daß er dabei die Vorstellung gehabt hätte, der Kriegsanfang des deutschen Reiches Schaden zuzufügen, sei eine Unterstellung, die mit allen Tatsachen in Widerspruch stehe. Er wolle sie mit Entrüstung zurückweisen.

In einer Besprechung mit dem Bizekanzler von Paber habe er keinen Zweifel darüber gelassen, daß er Gegner des Streiks wäre und seine schnelle Beilegung auf dem Verhandlungswege anstrebte, um nicht noch mehr bei den Arbeitern Verkenntnis und Willen zur Landesverteidigung vernichten zu lassen und der Agitation der radikalen Elemente die Wege zu ebnen. Seine

Niede im Treptower Park

habe dem gleichen Zweck gedient. Er habe sich in seiner Rede mit aller Bestimmtheit und Klarheit für die Landesverteidigung eingesetzt und die Arbeiter auf ihre Pflicht hingewiesen, der Front Waffen zu liefern.

Es ist nach seiner Erinnerung völlig unmöglich, daß er in seiner Rede zum Ausbrennen im Streik aufgefordert hätte, eine solche Aufforderung lag gänzlich außerhalb seiner vorher gekennzeichneten Absichten und seiner ganzen Einstellung. Er hätte sich mit ihr nicht nur in Widerspruch gesetzt zu seiner so oft betonten Überzeugung, sondern auch zu der einmütigen Stellungnahme der Parteileitung und der Leitung der Gewerkschaften, auf deren Vertrauen seine politische Stellung und Tätigkeit in der Hauptache beruhte.

### General Gröner als Zeuge.

Im Anschluß an die Verlesung der Aussage des Reichspräsidenten wurde Generalleutnant Gröner, der frühere Chef des Feldzeisenbahnwesens und spätere Nachfolger Wobendorf's, als Zeuge vernommen. Er betonte, daß der damalige Abgeordnete Ebert sich immer auf den Boden der Landesverteidigung gestellt habe. Vom ersten Tage an, wo die Oberste Heeresleitung mit dem Volksbeauftragten Ebert zusagen ein Bündnis geschlossen hatte, sei immer auf das engste mit ihm zusammengearbeitet hätten. Ebert sei der feste Punkt in Berlin gewesen, er habe durchgehenden verstanden, was von der Obersten Heeresleitung verlangt wurde, er habe sich stets auf den Boden der Obersten Heeresleitung gestellt.

Nach Gröner wurde der Reichstagsabgeordnete David als Zeuge vernommen, der ebenfalls erklärte, daß der Reichstagsabgeordnete Ebert sich als Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei von Anfang an auf den Boden der Landesverteidigung gestellt habe, und daß er gerade im Interesse der Landesverteidigung mit schwerem Herzen lieber eine Spaltung der Partei in Kauf genommen habe, ehe er eine Schädigung der Landesverteidigung zuließ.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 12. März 1925.

Der Reichstagsausschuß für Wohnungsfragen hat die Reichsregierung ersucht, dem Reichstag bis spätestens 30. April 1925 Gesetzesentwürfe zur Änderung des Reichsmietengesetzes, des Mieterkündigungsgesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes vorzulegen.

Im Wahrscheinlichen Landtag gedachte Präsident Königsauer des Hinscheidens des Reichspräsidenten Ebert und des Beschlusses, das Deutsche Reich durch den Tod des verfassungsmäßigen Repräsentanten erlitten habe.

### Trendelenburg nimmt einen kurzen Urlaub.

Zwischen dem französischen Handelsminister Ruysschaert und dem Führer der deutschen Delegation, Trendelenburg, war vereinbart worden, daß die Wirtschaftsverhandlungen in Paris am 16. März wieder aufgenommen werden sollen. Die Führung der deutschen Delegation wird vorübergehend der Ministerialdirektor Köffe im Reichswirtschaftsministerium übernehmen, da Staatssekretär Trendelenburg auf ärztliche Anordnung dringend einen Erholungsurlaub bedarf. Herr Trendelenburg wird die Leitung der Verhandlungen, sobald als möglich, selbst wieder leiten.

## Wahlvorbereitungen.

— Berlin, den 11. März 1925.

### Ämtliche Stimmzettel für die Reichspräsidentenwahl.

Der Reichstag beschloß heute zuerst mit einem Antrag der Abg. Koch-Weser (Dem.), Dittmann (Sozialdem.) und v. Guérard (Centr.), der eine Änderung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten bringe und eine Reihe von neuen Bestimmungen trifft, so u. a. die Notwendigkeit von Wahlvorklärgen betont und amtliche Stimmzettel vorschlägt. Danach wird festgelegt, daß Wahlvorschläge spätestens am zehnten Tage vor der Wahl beim Reichswahlleiter einzureichen sind. Sie müssen von mindestens 20 000 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 20 000 Wählern genügen 20, wenn der Vorschlag von Gruppen ausgeht, die bei der letzten Reichstagswahl ein Reichswahlvorschlag eingereicht hatten, und wenn auf die Kreiswahlvorschläge, die dem Reichswahlvorschlag angehängt waren, zusammen mindestens 500 000 Stimmen abgegeben worden waren.

Die Stimmzettel werden durch die Reichsregierung amtlich hergestellt in der Weise, daß sie alle vom Reichswahlleiter zugelassenen Wahlvorschläge enthalten. Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wähler durch ein auf die Stimmzettel gezeichnetes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich



Wettauer betrat, die Art von innen verperrte und sofort die fünf Revolvergeschosse gegen ihn abfeuerte. Der Täter vermeinte bisher jede Auskunft über die Gründe seiner Tat. Das Attentat ruft umso wegen der Tendenz von ihm herausgegebenen Wochenschriften, deren letzte seinen Namen trägt, im Urteil der Öffentlichkeit stark umstritten ist. Er hat vor Jahresfrist im Mittelpunkt eines vielbeachteten Presseprozesses gestanden.

Die Leiche des letzten polnischen Königs wird nach Polen übergeführt. Der polnische Gesandte in Moskau erhielt den Auftrag, mit der Sowjetregierung über die Überführung der Leiche des letzten polnischen Königs Stanislaus August nach Polen zu verhandeln. Die Leiche war in der katholischen St. Katharina-Kirche in Petersburg beigesetzt worden. Der Auftrag wurde erteilt, weil die Sowjetregierung mitgeteilt hat, daß sämtliche Gebeine, die sich in den Gräbern dieser Kirche befinden, hinausgeschafft und in ein gemeinsames Grab getan werden würden.

Die Königin der Königin als Hochkaplerin. Die Königin der Königin Prinzessin Elisabeth von Montenegro, die sich jetzt in Amerika aufhält, wird demnächst, gemeinsam mit ihrem Gatten und ihrem Bruder, dem Fürsten von Montenegro, nach Italien reisen. Die Königin ist eine geborene polnische Gräfin, die mit ihrem Bruder, dem Grafen Wlodyka, in Paris verheiratet worden ist. Den größten Schaden hat ein Industrieller erlitten, dem der Prinz und die Prinzessin Ergruben und Petroleumfelder im Kaukasus für 1.200.000 Fr. verkauft. Später stellte sich jedoch heraus, daß die Petroleumgrundstücke gar nicht mehr ihr Eigentum waren. Ferner erwiderte die Prinzessin viele Autos, die sie sofort wieder verkaufte, von einem Juwelierhändler ließ sie sich Edelsteine im Werte von 1/2 Million Franken liefern.

Das Schicksal des Dampfers „Soverata“. Die Besatzung des von Holland an der holländischen Küste gestrandeten holländischen Dampfers „Soverata“ ist an Land gebracht worden. Das Schiff selbst ist inzwischen noch weiter gesunken. Bei ruhiger See soll versucht werden, soviel wie möglich von der Ladung zu bergen.

Trauer auf Island. Auf der Insel Island wurden Trauergottesdienste abgehalten zum Zeichen der Trauer um die in dem letzten Sturm verunglückte Fischerflotte mit ihrer Besatzung von 67 Isländern und sechs Engländern, die man jetzt für verunglückt hält. Die Fischerlei leidet sehr unter dem unbeständigen Wetter der letzten Wochen.

**Kleine Nachrichten.**

- Die Diskontogesellschaft schlägt für das Jahr 1924 eine Dividende von 10 Prozent vor. Die gleiche Dividende wurde 1913 gezahlt.
- Ein heftiges Gewitter mit Hagelschlag hat die Ländchen und das angrenzende Böhmen heimgesucht. In mehreren Orten gerieten Häuser durch Blitzschlag in Brand.
- Im Schwarzwald wehen bei 8 Grad unter Null heftige Schneefürne. Das Gebirge ist bis in die Ebene hinein eingeschneit. Die Neuschneemengen betragen 40 bis 50 Zentimeter.
- Ein britisches Kriegsgericht verurteilte den Kölner Kommunisten Hehl, bei dem man bei einer Durchsuchung Waffen und Munition gefunden hatte, zu einem Jahre acht Monaten Gefängnis.
- Eine amerikanische Musikstudentin in Leipzig, die seit dem 17. Februar vermißt wurde, ist jetzt tot aus der Elster gezogen worden. Sie hat wegen Nervenzusammenbruchs Selbstmord begangen.
- Bei Roggia (Italien) stürzte ein Flugzeug aus großer Höhe ab. Die beiden Insassen wurden getötet.

**Das neuentdeckte Königsgrab in Ägypten.**

Das 6000 Jahre alte Grab des Königs Senosrt III von Ägypten ist in der Nähe der Pyramiden von Gizeh von dem bekannten Ägyptologen Dr. Reigner von der Harvard Boston Mission gefunden worden. Der seit zwei Jahren an der Offenlegung gearbeitet hat. Das Innere dieses 6000 Jahre alten Grabes ist in sehr zerschüttertem Zustand; der große Marmor-Sarkophag ist jedoch gut erhalten mit goldverzierten Schriftstreifen und einer Platte, die das Siegel des Königs Senosrt enthält, der ein Vorgänger des Erbauers der Pyramiden von Gizeh war. Man nimmt in archäologischen Kreisen an, daß sich die Mumie Senosrts im Sarge befinden wird, das Vorhandensein des Siegels bedingt dies aber nicht notwendigweise. Der Sarkophag enthält vielleicht nur ein Mitglied der königlichen Familie oder einen hohen Staatsbeamten.

König Senosrt war der größte Schiffbauer seiner Zeit. Er baute Schiffe von 170 Fuß Länge für Verkehrs- und Verwaltungszwecke. Er setzte die Arbeiten in den Kaufmannschaften auf der Halbinsel Sinai fort, von der die Eingeborenenstämme durch ihn vertrieben wurden. Man sieht ihn als den Begründer der ägyptischen Oberherrschafft auf der Halbinsel Sinai an. König Senosrt sandte auch eine Flotte von 40 Schiffen nach der phönizischen Küste, um Cedernholz vom Libanon zu holen. In der gleichen Weise arbeitete er im Süden seines Landes, wo er einen Feldzug gegen Nubien unternahm und 700 Gefangene und 200.000 Stück Vieh zurückschickte.

Eine Legende erzählt, daß der König in einem Boot von 20 schönen Mädchen gerudert wurde, als eines von ihnen ein Schußloch über Bord verlor. Der König befahl seinem Rauber, es wieder herbeizuschaffen, worauf der letztere einige Worte sprach und die Wasser der einen Schale sich auftauten, eine Weisheit, die mit dem Auszug der Kinder Israel aus Ägypten Ähnlichkeit besitzt.

**Rohlenlagerung unter Wasser.**

Schutz gegen Selbstentzündung. Die Lagerung großer Kohlenmengen erfordert eine ständige Überwachung, da viele Kohlenorten bei längerer Lagerung, zumal in hoher Schicht, durch die Einwirkung des Luftauerstoffs sich erwärmen und hierdurch eine nicht unwesentliche Verschlechterung und Heizwertminderung erfahren. An solchen Stellen der Kohlenlager, wo sich sogenannte Grünsester gebildet haben, kann die Erwärmung einen so hohen Grad erreichen, daß Selbstentzündung eintritt, die bisweilen erst nach längerer Zeit bemerkt wird. Hierdurch kann großer Schaden entstehen. Um dem vorzubeugen, hat man schon zahlreiche Mittel versucht. So sind z. B. die Kohlenlager großer Betriebe, wie Gas- und Elektrizitätswerke, mit elektrischen Temperaturmeßinstrumenten mit Fernmeldung ausgerüstet, die jede gefährliche Temperaturerhöhung eines Kohlenstapels sofort anzeigen. In anderen Fällen hat man versucht, die Kohle unter Luftabschluß zu lagern, indem man sie in geschlossene Betonbehälter einschließt. Den einfachsten Weg haben jedoch die Amerikaner beschritten, indem sie gegebenenfalls Kohle einfach unter Wasser lagern, wodurch nicht nur die Gefahr der Selbstentzündung beseitigt, sondern auch jegliche Verschlechterung der Kohle durch Einwirkung des Luftauerstoffs unmöglich gemacht wird. Obwohl die Anlagelosten derartiger Kohlenlager nicht gering sind, ist das Verfahren in Amerika in letzter Zeit in vielen Fällen mit Erfolg Anwendung gefunden.

Eine der neuesten Anlagen besitzt zwei Betonbehälter für die Lagerung von Kohlen unter Wasser. Die gesamten Baukosten für diese beiden Behälter, von denen der eine 13.000 Tonnen, der andere 8.000 Tonnen Kohlen fassen kann, belaufen sich auf 200.000 Dollars. Der größere Feuerfestigkeitsbehälter der Wasser gelagerten Kohle hat bei der Verfeuerung der Kohlenproben der gleichen Größe, die unter Wasser gelagert wurde, einen Heizwert von 6.970 auf 6.794 Wärmeinheiten; der Verlust betrug also 2,5 Prozent.

Die Förderung der Kohle aus dem Lagerbehälter zum Kesselhausbunker erfolgt bei dieser Anlage durch Eisenbahnen, sodaß das Wasser auf diesem Wege genügend abtropfen kann. Die Unterjudung der Kohlenproben der gleichen Größe, die unter Wasser gelagert wurde, die eine frisch geförderte, die andere etwa ein Jahr lang unter Wasser gelagert war, ergab eine Verminderung des Heizwertes von 6.970 auf 6.794 Wärmeinheiten; der Verlust betrug also 2,5 Prozent.

**Marx abermals gewählt.**

Berlin, den 10. März 1924. Die Präsidentenwahl im Preussischen Landtag. Im Preussischen Landtag hat heute die Neuwahl von Marx bei dem ersten Austritt im Landtage stattgefunden. Die Wahl erfolgte ohne Aussprache, namentlich und wurde durch Abgabe verbodener Stimmzettel vorgenommen. Wie bei der letzten Wahl stimmten die Fraktionen der Weimarer Koalition, Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten, wieder für Marx, die Kommunisten für Bied. Deutschnationale und Deutsche Arbeiterpartei hatten in Dr. v. Richter wieder einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt. Die Nationalsozialistische Partei und die Wirtschaftspartei hatten eigene Kandidaten aufgestellt.

Während der Abstimmung wurde bekannt, daß der Kandidat der Weg, Winterfeld (Dnt.), Steffens (D. Vp.), Gortner (Soz.), Gismann (Ztr.), Pfeiffer (Komm.), Gortner (Wirtsch. Vg.) und Graf v. Helldorf (D. Vp.) 443 Stimmen abgegeben 443 Stimmzettel, unbeschadet war einer, ungenügend. Von den übrigen 442 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 222. Es haben erhalten: Marx (Ztr.) 222, Dr. v. Richter (D. Vp.) 141, Bied (Komm.) 41, Körner (Nat.-Soz.) 11 und Kadendorf (Wirtsch. Vg.) 11. Marx ist damit zum Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang gewählt.

Nach der Wahl setzte das Haus die gemeinsame Aussprache über die Anträge und großen Anfragen fort. Die Geschäftsverteilung auf der Seite „Minister Stein“ fort. Nach längeren Ausführungen mehrerer Abgeordneter vertagte sich das Haus auf Mittwoch.



Dr. Simons, Reichsgerichtspräsident wurde zum stellvertretenden Reichspräsidenten ernannt.

**Dixin**  
Henkel's Seifenpulver



ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

**Lehrling**  
sucht  
Anton Mell  
Reichbinder mstr Spangenberg.

Allen denen, die uns zu unserer **Goldenen Hochzeit** durch ihr liebevolles Gedenken so außerordentlich wohlgetan haben, vor allem der geehrten Stadtverwaltung für ihre Aufmerksamkeit, sagen wir auf diesem Wege recht **herzlichen Dank.**  
Allen ein herzliches „Gott lohn's Euch“  
**Christian Vaskje u. Frau**  
Luise geb. Vock.

**Wiese 1 1/2 Acker**  
in der Nähe des Wehres in Mörshausen zu verkaufen.  
Kaufliebhaber wollen sich bei mir melden.  
Wilh. Reich, Spangenberg.

**Die rückständige Kirchensteuer**  
für das Rechnungsjahr 1924, sowie Pachtgelder für **Rechtsteinsche- und Hospitälgrundstücke** müssen binnen 8 Tagen bezahlt werden.  
Spangenberg, den 10. März 1925.  
Siebert, Rechnungsführer.

**Ortsgruppe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter u. Hinterbliebener o. V.**  
Spangenberg  
Am Sonntag, den 15. ds. Mts. nachmittags 3 Uhr findet im Ratskeller eine **ausserordentl. Monatsversammlung** statt, in der uns mit einem **interessanten Vortrag** seitens des **Landesverbandes Hessen-Cassel** über **Fürsorge u. Versorgung** aufgemerkt wird. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Ehrensache. Auch Nichtmitglieder, welche sich für die Kriegsoffiziere interessieren, werden hiermit herzlich eingeladen.  
Der Vorstand, Frede.

**Kammerjäger**  
Scheidemann ist gegenwärtig in Spangenberg und Umgegend und vertilgt radikal unter schriftlicher Garantie Ratten, Mäuse, Wanzen, Schwaben usw. Wirkung nachweislich innerhalb 24 Stunden. Jeder Auftraggeber bekommt einen Garantieschein. Bestellungen werden noch in der Geschäftsstelle ds. Blattes angenommen.

**Bestellungen auf Roggenfutterstroh**  
nimmt noch entgegen  
**Kornhaus Spangenberg.**

**Bekanntmachung.**  
Montag, den 16. ds. Mts., Dienstag, den 17. und Donnerstag, den 19. ds. Mts. jedesmal von 8 bis 12 Uhr vormittags wird die Gemeindesteuer für das Rechnungsjahr 1924 erhoben und zwar:  
Montag, den 16. ds. Mts. Buchstabe A—J  
Dienstag, den 17. d. Mts. Buchstabe K—N  
Donnerstag, d. 19. d. Mts. Buchstabe O—Z  
Es wird ersucht, pünktliche Zahlung zu leisten, widrigenfalls die üblichen Zuschläge berechnet werden.  
Die alten Steuerzettel sind bei der Zahlung vorzulegen.  
Spangenberg, den 12. März 1925.  
Die Stadtkassa.

**Herr Rudolf Althaus Elbersdorf**  
ist nicht berechtigt  
für uns irgendwelche Geschäfte zu tätigen  
**Kornhaus Spangenberg.**